

14. III. 1917

Zum Wiederaufbau Oesterreichs nach dem Kriege.

Von Dr. Michael Sainisch.

Ein geistvoller Staatsmann hat einmal die internationale Politik mit dem Kartenspiele verglichen. Die Diplomaten besorgten das Bluffen, der Krieg hinwiederum entspräche dem Augenblicke, in dem die Spieler die Karten ausdecken müßten; da zeige sich die wirkliche Stärke des Blattes. Ich glaube, daß die Karten der Zentralmächte mehr Trümper enthalten, als den Gegnern, die das Bluffen so virtuos handhaben, lieb sein mag. Immerhin hat diese Probe auch für unsere innere Politik Nutzen gehabt. Sie hat die Größe gewisser Schäden unseres öffentlichen Lebens erst recht erkennen lassen und gelehrt, daß diese so rasch wie möglich beseitigt werden müssen. Zum Glück hat der Krieg auch starke Kräfte zur Beseitigung dieser Schäden entfesselt. Das Staatsbewußtsein ist mächtig gewachsen und hat den Parteigeist in den Hintergrund gedrängt. Allenfalls herrscht der dringende Wunsch, daß ein neues Oesterreich aus der Weltkatastrophe hervorgehen möge. Es hat deshalb an Reformvorschlägen nicht gefehlt und Programmen sind wie Pilze nach einem warmen Regen emporgeschossen. Fast durchaus bewegen sie sich auf politischen Gebieten. Von großer Wichtigkeit für unsere Zukunft ist die Hebung der Produktion und von der größten Wichtigkeit die Ausfüllung der Lücken, die der Krieg gerissen hat, und die energische Bekämpfung aller der Gefahren, die die Gesundheit unserer Bevölkerung in so hohem Maße bedrohen.

Was die Hebung der Produktion betrifft, so kann man sie, wenn es sich um die Produktion von Dingen handelt, die nicht absolut nötig sind, oder wenn diese von Unternehmern geleitet wird, die zu rechnen verstehen und die Technik des Erzeugungsprozesses beherrschen, ruhig dem Einflusse des Privatinteresses überlassen. Nicht das gleiche trifft zu, wenn die Erzeugung von absolut notwendigen Gütern in Frage kommt und wenn an der Spitze der Betriebe Leute stehen, die den hohen Anforderungen, die das Leben an den modernen Unternehmern stellt, nicht gerecht werden. Das gilt von der landwirtschaftlichen Produktion. Die Erzeugung von möglichst viel Lebensmitteln ist ein Gebot dringender Notwendigkeit, da der Krieg mit aller Deutlichkeit gelehrt hat, daß nur sie uns volle Sicherheit bieten kann. Andererseits werden, wie unser Ernährungsminister mit Recht hervorgehoben hat, 90 Prozent der landwirtschaftlich benutzbaren Fläche Oesterreichs von Hunderttausenden von Bauern und kleinen Leuten bewirtschaftet, die sich mit modernen Unternehmern nicht vergleichen lassen. Zunächst nicht, weil einem großen Teile der mittleren und kleinen Landwirte gar nicht die Produktion für den Markt zum Zwecke der Verzinsung des investierten Kapitals als Ziel vorschwebt, aber auch, weil die kleinen Leute nicht über die kaufmännischen Fähigkeiten des rechnenden Unternehmers und die Fachkenntnisse des geschulten Technikers verfügen. Es wäre indes falsch, deshalb unsere Grundbesitzverteilung im ganzen als ungesund betrachten zu wollen. Im Gegenteil, sie hat uns gerade im jetzigen Kriege die allerbesten Dienste geleistet, da sich die bäuerlichen Wirtschaften, dank der Elastizität ihrer Arbeitsorganisation, als außerordentlich anpassungs- und widerstandsfähig erwiesen haben. Andererseits hemmt allerdings das diesen Kreisen eigentümliche große Beharrungsvermögen den technischen Fortschritt. Ein solcher ist, je mehr mittel- und kleinbäuerlicher Besitz vorherrscht, von dem Niveau der allgemeinen und fachlichen Bildung abhängig. Mit vollem Rechte haben daher auch die Professoren der Hochschule für Bodenkultur erst jüngst in einer Denkschrift die Förderung der allgemeinen Bildung und des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens als ein Hauptpostulat aufgestellt. Die Hebung des Unterrichtswesens ist zweifellos das sicherste Mittel, die landwirtschaftliche Arbeit produktiver zu gestalten, aber eines, dessen Wirksamkeit erst in Jahrzehnten zu erwarten ist. So lange können wir uns aber nicht gedulden, wir werden uns also auch um andere Mittel umsehen müssen. Unter diesen könnten gewisse Zwangsmaßnahmen in Betracht kommen, so vor allem eine Einflußnahme auf die Verwendung von Saatgut und von bestimmten Maschinen, oder aber Verfügungen über die Entsumpfung von Wiesen und die zweckmäßige Behandlung des Stalldüngers. Das Hauptgewicht möchte ich aber auf die Entfaltung einer agitatorischen Tätigkeit legen; nur dürfte diese nicht bloß von Wanderlehrern geübt werden, sondern auch vom Minister selbst. So wie Lloyd-George unter die englischen Bergleute und Munitionsarbeiter gegangen ist, so müßte unser Ackerbauminister unter die Bauern gehen und sie mitzureißen suchen. Ich gebe zu, daß eine solche Tätigkeit große Anforderungen an den Minister stelle, und daß ein Erfolg bei unseren Bauern nicht so leicht zu erzielen sein würde wie bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Großbritanniens. Immerhin bin ich auf Grund langjähriger Erfahrungen überzeugt, daß ein Mann, der sich in die Seele des einfachen Bauers zu versenken vermöchte, auf diesen Eindruck machen müßte.

So bedeutsam nun auch das Problem der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ist, so tritt es doch hinter das Bevölkerungsproblem vollkommen zurück. Gelingt es uns nicht, den Gefahren zu begegnen, die unsere Volkszahl und die Lückenhaftigkeit unserer Rasse bedrohen, so können uns alle Reformen unserer Parlamente und der Verwaltung sowie alle Maßnahmen wirtschaftlicher Natur nichts. Mit Schrecken nehmen wir wahr, daß die Tuberkulose sich ausbreitet und daß die Geschlechtskrankheiten bereits in Gegenden eindringen, die bisher von der Seuche so ziemlich verschont geblieben waren. Hier muß sofort energisch eingegriffen werden. Wir müssen aber überhaupt endlich anfangen, systematisch Bevölkerungspolitik zu treiben, also nicht bloß eine innerhalb erwünschter Grenzen sich vollziehende Volksvermehrung zu erzielen, sondern auch die Güte des Nachwuchses zu beeinflussen trachten. Man verweise uns nicht auf die Erfahrungen, die man

nach anderen Kriegen gemacht hat. Es hat Kriege gegeben, die länger währten als der Weltkrieg, aber keinen, der so intensiv geführt worden wäre wie dieser. Und zudem waren die Verhältnisse für den Wiederaufbau der Bevölkerung noch nie so ungünstig wie heute. Zunächst schon, was die einfache Ausfüllung der Lücken in unserer Bevölkerung betrifft. Vergessen wir nicht, daß der Krieg in einer Periode begann, in der die Rationalisierung des Geschlechtsverkehrs immer mehr um sich griff. Ich sehe gar keinen Grund, warum die Beendigung des Krieges, die uns doch mindestens eine Erhöhung aller Steuern bringen muß, den Wunsch nach einer größeren Familie rege machen sollte. Ich habe vielmehr die feste Überzeugung, daß nach dem Kriege die Kinderzahl, auf die einzelnen Familien bezogen, im günstigsten Falle gleich bleiben, daß aber die Geburtenzahl im ganzen infolge der geringeren Zahl der Eheschließungen sinken wird. Hierzu kommt noch, daß sich die Verhältnisse zuungunsten der Volksgesundheit verschoben haben. Vor hundert Jahren, als die napoleonischen Kriege beendet waren, die sich allenfalls noch mit dem heutigen Weltkriege vergleichen lassen, war die Bevölkerung noch viel mehr naturgebunden als heute. Großstädte fehlten fast ganz und die industrielle Arbeiterbevölkerung machte bloß einen geringen Bruchteil der Gesamtbevölkerung aus. Die Hauptbeschäftigung dieser bildete die Landwirtschaft mit ihrer Arbeit in freier Luft und ihrer derben, aber nahrhaften Kost; noch spielten die Genussmittel eine geringe Rolle und die Nervenkraft blieb unangetastet. Und so wie sich ein Kalb, mag es auch im Winter in einem noch so dumpfen Stalle gestanden sein, auf der Alpenweide zu einem leidlich guten Rinde entwickelt, so konnte auch die Bevölkerung, die in der Luft arbeiten, sich utochisch nähren, mit dem Sonnenaufgange aufstehen und dem Sonnenuntergange schlafen gehen mußte, vorübergehende Störungen der Gesundheit verwinden. Heute fehlen die Voraussetzungen zu einer solchen Regeneration zum größten Teile. Wir müssen deshalb das, was sich einst von selbst vollzog, zum Gegenstande von Gesetzgebung und Verwaltung machen. Wir werden nicht bloß direkt Maßnahmen zur „Nahrung und Erleichterung“ unseres Volkes ergreifen müssen, sondern wir werden auch den Entwurf eines jeden Gesetzes oder einer jeden Verordnung darauf zu prüfen haben, ob die auf irgend einem Gebiete geplanten Maßregeln den Volkszuwachs und die Volksgesundheit fördern oder nicht. Eine bewußte Bevölkerungspolitik läßt sich aber nur machen, wenn ein Amt geschaffen wird, das sein Augenmerk einzig und allein den Bevölkerungsfragen zuwendet. Es ist zu viel verlangt, daß der Minister des Innern neben den laufenden Geschäften zugleich die Regelung der Sprachenfrage und die Hebung von Volkszahl und Volksgesundheit im Auge behalten soll. Dies um so mehr, als Bevölkerungspolitik ganz außerhalb des Gesichtskreises eines Verwaltungsjuristen liegt. An die Spitze eines solchen Amtes gehörte ein Bevölkerungspolitiker nach Art unseres ausgezeichneten, jetzt leider in München wirkenden Hygienikers Max v. Gruber. Zweifellos würde das neue Amt, das man etwa als „Gesundheitsamt“ bezeichnen könnte, in eine Reihe von Konflikten verwickelt werden. Zunächst mit der Industrie und dem Gewerbe, insofern beide aus der Genussucht der Massen Gewinn ziehen wollen, sodann aber auch mit der Finanzverwaltung, insofern diese einseitig die Verfolgung fiskalischer Ziele im Auge hätte. Soll deshalb der Zweck der Errichtung eines solchen Gesundheitsamtes erreicht werden, so müßte sein Vorstand den Chef der übrigen Ressorts ebenso gleichgestellt sein, wie der Vorstand des Ernährungsamtes. Wie dieser, stünde auch er vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe, allerdings auch vor einer solchen, von deren Lösung unsere ganze Zukunft abhängt.